



## Bildung statt Prüfung

### Ausgangssituation

Die seit Beginn der Corona-Pandemie vergangenen zwei Schulhalbjahre verliefen anders und unterm Strich auch weniger erfolgreich als die vorherigen. Die anfänglichen Probleme sorgten bereits dafür, dass inhaltlichen Anforderungen für die Abschlussprüfungen bereits vor den Sommerferien an den tatsächlich erfolgten Unterricht angepasst wurden. Das war eine wichtige Entscheidung, um die Aussicht auf faire Abschlussprüfungen zu bewahren. Was seit den Sommerferien folgte, waren sehr durchmischte Erfahrungen. Auf durchaus gute Lernbedingungen in vollen Klassen und ohne Masken vor den Herbstferien folgten immer weitere Einschränkungen bis hin zum Lockdown vor Weihnachten. Dies blieb für die Schüler\*innen ebenso wie für den Rest der Gesellschaft nicht ohne Folgen. Die meisten mussten rund um die Weihnachtszeit vier Wochen lang zuhause bleiben, ohne Kontakte außerhalb ihres Haushaltes zu haben. Diese Isolation sorgt besonders bei Kindern und Jugendlichen für starke psychische Belastungen. Bei vielen kam angesichts hoher Inzidenzwerte zudem die Sorge um Angehörige, die zur Risikogruppe gehören, hinzu. Andere mussten lernen, damit umzugehen, dass Eltern, die zuvor erfolgreich in der Veranstaltungs- oder Gastronomiebranche tätig waren, plötzlich existenzielle, finanzielle Sorgen plagten. Dadurch wurde für viele das dauerhafte Leben auf engem Raum nochmal besonders schwierig. Diese neuen belastenden Begleitumstände wirkten sich noch stärker aus, als sie es unter normalen Bedingungen getan hätten, da der regelmäßige, physische Kontakt zu Freund\*innen aktuell kaum möglich ist und nicht bei gemeinsamen Ausflügen oder Feiern Stress abgebaut werden kann.

Zu all diesen erschwerenden Begleitumständen kamen dann auch noch technische Probleme. Denn während mittlerweile wohl die meisten Schüler\*innen über die notwendige Hardware für den Distanzunterricht verfügen, so zeigte sich in den vergangenen Wochen, dass die digitale Infrastruktur oft vom fast vollständigen Umstieg auf den Distanzunterricht überfordert wurde. Sowohl die Serverleistungen des größten niedersächsischen Anbieters IServ als auch die Netzkapazitäten in einigen Teilen des Landes sorgten für deutliche Probleme und zumindest beim Breitbandausbau ist in den nächsten Monaten nicht mit einer flächendeckenden Lösung zu rechnen. Diese Probleme verschärften einmal mehr die Frage, wer sich wie gut auf die Abschlussprüfungen vorbereiten konnte. Es ist kein Geheimnis, dass im Distanzunterricht ohnehin nicht so gut gelernt werden kann wie in Präsenz, aber noch schlechter funktioniert es, wenn die digitalen Angebote nicht abrufbar sind. Das betraf uns alle in der Woche vor den Weihnachtsferien und betrifft nun diejenigen, deren Schulen die Abschlussjahrgänge tatsächlich im Wechselmodell statt jeden Tag in großen Räumen unterrichten. Hierdurch wird noch einmal der Umstand verschärft, dass Schüler\*innen, im Besonderen die der Abschlussjahrgänge, an verschiedenen Schulen in Niedersachsen auch unterschiedlich viel

Präsenzunterricht in diesem Schuljahr genießen konnten. Was sich rund um die Herbstferien noch auf einzelne Hotspots wie Delmenhorst, wo Schulen von den örtlichen Gesundheitsämtern geschlossen wurden, beschränkte, ist mittlerweile landesweit und auch zwischen den Schulen in einzelnen Städten bemerkbar: Kaum eine Schülerin hatte so viel Präsenzunterricht wie die andere. Die Folge ist, dass die einen sich vollumfänglich und gut auf Abschlussprüfungen vorbereiten konnten, und die anderen jetzt vor einem extrem straffen Zeitplan bis zur Prüfung stehen. Diese Ungleichheit ist mitunter sogar in einzelnen Schulen zu beobachten, wo der eine Kurs gut vorbereitet ist, während der andere in extremer Zeitnot ist, weil eine Lehrkraft seit den Herbstferien die Schule nicht betreten hat.

### **Voraussetzungen für die Entscheidung um die Prüfungen**

Für gute Prüfungsvoraussetzungen müssen deshalb die Prüfungen angemessen angepasst und den Prüflingen die benötigten Lernbedingungen geschaffen werden. Doch leider kann all dies gegenwärtig nicht verlässlich garantiert werden.

Für die Abiturprüfungen ist das Streichen der Inhalte des vierten Semesters aus den Prüfungsanforderungen ohne Zweifel eine grundsätzlich gute Idee, die bislang aber nicht in einer entsprechenden Verordnung aufgegangen ist und auch nicht sinnvoll und vollumfänglich umgesetzt werden kann. Denn nur wenige Fächer haben ein Kerncurriculum, das eine zeitliche Reihenfolge bei der Erarbeitung der unterschiedlichen Themen vorgibt. Dies war bereits vor den Sommerferien teilweise ein Problem und ist es jetzt erst recht. Denn wenn alle Themen gestrichen werden, die verschiedenen Kurse im ganzen Land noch vor sich haben, dann bleibt wohl kaum etwas übrig. Die Dezentralisierung der Prüfungen war ein Ansatz, der seit Beginn des Schuljahres vorgesehen war, jedoch nur für einzelne besonders stark betroffene Schulen und nicht landesweit. Zum jetzigen Zeitpunkt dürfte dieser Ansatz kaum noch für alle umsetzbar sein, die verstärkt von Distanzbeschulung betroffen waren, da die entsprechenden Prüfungen zunächst noch konzipiert und dann in großen Mengen in kurzer Zeit von der Schulaufsicht genehmigt werden müssten. Dies ist in der verbleibenden Zeit wohl nicht leistbar. Dennoch ist es uns wichtig zu betonen, dass ein Großteil der Schüler\*innen aufgrund der erfolgten Anpassungen schulisch durchaus ausreichend gut auf die Prüfungen vorbereitet wurde.

Jedoch reichte die schulische Vorbereitung noch nie als Vorbereitung aus. Denn schließlich gilt es, sich vor den Prüfungen auch abseits der Schulen vorzubereiten und den Stoff zu wiederholen. Hierfür ist es für die meisten absolut notwendig, Lerngruppen zu bilden und sich in diesen zu treffen. Ein Treffen über Zoom kann das qualitativ nicht ersetzen. Ebenso sind ruhige Lernorte für eine ordentliche Vorbereitung fast zwingend notwendig, doch die weiterhin geschlossenen Bibliotheken fallen als oft bevorzugter Lernort weg. Um gute Prüfungsvorbereitungen zu ermöglichen, bräuchten wir die Sicherheit, dass Lerngruppen

75 erlaubt und Lernorte geöffnet sein werden. Aufgrund der weiterhin hohen Zahl an Corona-Fällen und der Gefahr, die von der neuen Mutation ausgeht, kann die Landesregierung dies aber verständlicherweise nicht garantieren. Der allen Hoffnungen entgegen verlängerte Lockdown hat dies einmal mehr unter Beweis gestellt.

Deswegen ist es unvermeidbar, die reibungslose Durchführbarkeit der Abschlussprüfungen  
80 anzuzweifeln. Bei allen Diskussionen um Alternativen ist es für uns aber unabdingbar, dass die Anerkennung der diesjährigen Abschlüsse gewährleistet wird. Dabei geht es uns weniger um die Anerkennung durch Angehörige, welche den Abschluss mehr oder weniger gelungen finden, sondern um die greifbare Anerkennung durch Universitäten und Ausbildungsstellen. Alle von uns vorgeschlagenen Lösungswege gelten entsprechend nur, solange keine anderen  
85 Bundesländer erklären, dass sie auf diese Weise erworbene Abschlüsse nicht anerkennen würden. Deshalb ist es richtig, wenn ein Kultusminister Alternativen zu Abschlussprüfungen ablehnt, die ihre Anerkennung gefährden würden. Es ist jedoch ein durchschaubares Blockademanöver, wenn sich alle Kultusminister\*innen hinter diesem Argument verschanzen. Denn sie sind es am Ende auch, die in der Kultusministerkonferenz Abschlüsse ohne  
90 Abschlussprüfungen anerkennen können und damit auch den reibungslosen Zugang zu Uni- und Ausbildungsplätzen ermöglichen. Hier kann Niedersachsen Vorreiter werden und die kollektive Blockade aufbrechen. Ob und welche Art von Prüfung zum Erreichen dieser staatlich anerkannten Abschlussnote geschrieben wurde, ist dann nicht ausschlaggebend. Hinzu kommt, dass die Schüler\*innen dank der Erfahrungen der letzten Monate die Kompetenz,  
95 eigenständig neue Inhalte und Themenfelder zu erschließen, in besonderem Maße erworben haben. Unter anderem deshalb ist der diesjährige Abschlussjahrgang also bereits jetzt mit den grundlegenden Fähigkeiten zum Beschreiten des nächsten Bildungsabschnittes ausgestattet.

## **Die Gesamtlage**

100 Wir sind uns bewusst, dass viele Schüler\*innen genauso wie wir im Landeschüler\*innenrat ihre Prüfungen durchaus gerne schreiben würden - einfach weil es nun mal zu einem schönen Abschluss irgendwie dazugehört. Jedoch würden wir ebenso gerne am Wochenende mit unseren Freund\*innen Partys feiern und unser Abschlussjahr gebührend genießen. Doch diese Zeiten sind besonders und wir aktuell nicht in einer Situation, in der Entscheidungen nur  
105 auf Basis eines symbolischen Wertes und dessen, was wir am liebsten tun würden, gefällt werden. Deshalb sollten wir bei der Frage der Abschlussprüfungen, deren Durchführung momentan fast ausschließlich mit symbolischen Werten begründet wird, nicht plötzlich irrationaler vorgehen als bei allen anderen Fragen des öffentlichen Lebens. Denn wenn selbst Grundschulkinder im Sinne des Infektionsschutzes zum Teil wochenlang zu Hause bleiben,  
110 dann müssen wir die Prioritätensetzung der Landesregierungen deutlich hinterfragen. Die Aufrechterhaltung von schlichtweg vermeidbaren Abschlussprüfungen und der dafür

notwendige Präsenzunterricht für Abschlussjahrgänge sind angesichts dessen eine deplatzierte Priorität.

## 115 **Resultierende Forderung**

**Der Niedersächsische Landesschülerrat fordert daher die generelle Absage aller allgemeinbildenden Abschlussprüfungen im Schuljahr 2020/21.**

Stattdessen sollte für Abschlussklassen der mittleren Schulabschlüsse das zweite Halbjahr bis zum 25. Juni bzw. das vierte Semester für die Abiturjahrgänge bis zum Freitag, den 11. Juni  
120 verlängert werden, um weiteren Kompetenzerwerb zu ermöglichen. Die Abschlussnote sollte dem bisher üblichen Anteil aus den Semester- bzw. Halbjahresnoten gebildet werden. Der Anteil, der bisher aus den Noten der Abschlussprüfungen gebildet wird, soll grundsätzlich aus den Semester- bzw. Halbjahresnoten der Prüfungsfächer gebildet werden.

125 Für Schulen in freier Trägerschaft wie beispielsweise Waldorfschulen, wo die Abschlussnote normalerweise ausschließlich durch die Abschlussprüfungen ermittelt wird, muss u.U. ein gesondertes Verfahren zur Notenfindung angewandt werden. Die Nichtschülerprüfungen sollen wie geplant stattfinden. Schüler\*innen, die auf die Abschlussprüfungen vertraut hatten, um ihre Abschlussnote zu verbessern, sollen die Möglichkeit dazu durch eine  
130 Bewertungsleistung in Form einer freiwilligen mündlichen Nachprüfung erhalten, wie sie unter normalen Bedingungen auch beim Abitur möglich wäre. Alternativ soll auch eine schriftliche Ausarbeitung als Nachprüfungsleistung möglich sein. Des Weiteren sollen Schulen noch nicht geschriebene Vorabiturklausuren stattfinden lassen und so die Erfahrung ganztägiger Klausuren ermöglichen.

135 Durch diese Maßnahmen würde kein schlechterer, sondern sogar noch ein besserer Abschluss erreicht werden als mit den Prüfungen. Denn anstatt viele Wochen zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Prüfungen zu nutzen, könnte in dieser Zeit weiter gelernt und gelehrt werden. Die Lehrkräfte hätten mehr Zeit zur Unterrichtsvorbereitung und die Schüler\*innen könnten in den zusätzlichen Schulwochen die Unterrichtsinhalte  
140 erlernen, die ursprünglich durch Corona bedingt gestrichen wurden. Somit bietet dieser Vorschlag einen Ansatz für mehr Bildung durch die Absage der Prüfungen.

Diese Forderungen können ausschließlich sofort sinnvoll umgesetzt werden. Denn sie richtet  
145 sich auf eine bessere Ausrichtung des nun startenden zweiten Halbjahres bzw. vierten Semesters, in dem nach diesen Forderungen der Fokus verstärkt auf dem Erlernen neuer Fähigkeiten statt auf der Wiederholung des Alten liegen soll. Eine Kursänderung mitten im Halbjahr wäre nicht zielführend. Deshalb muss dieser Weg spätestens im Februar 2021

eingeschlagen werden, sodass das Verfahren rechtzeitig festgelegt werden kann. Ansonsten  
150 wird bereits ein Großteil der Schüler\*innen mit den Vorbereitungen für die Prüfungen  
begonnen haben, sodass eine Absage mehr Schaden als Nutzen brächte.

Doch noch kann dieser Weg eingeschlagen - noch kann sich für Bildung statt Prüfung  
entschieden werden.

155

Dies ist ein Appell für rationale, pragmatische Entscheidungen, die besonderen Umständen  
gerecht werden.

## **Die Hauptforderung**

160 Der Niedersächsische Landesschülerrat fordert die generelle Absage aller allgemeinbildenden Abschlussprüfungen im Schuljahr 2020/21.

Stattdessen sollte für Abschlussklassen der mittleren Schulabschlüsse das zweite Halbjahr bis zum 25. Juni bzw. das vierte Semester für die Abiturjahrgänge bis zum Freitag, den 11. Juni verlängert werden, um weiteren Kompetenzerwerb zu ermöglichen. Die Abschlussnote sollte  
165 zu dem bisher üblichen Anteil aus den Semester- bzw. Halbjahresnoten gebildet werden. Der Anteil, der bisher aus den Noten der Abschlussprüfungen gebildet wird, soll grundsätzlich aus den Semester- bzw. Halbjahresnoten der Prüfungsfächer gebildet werden.

## **Bildung der Abschlussnote**

170 Für Schulen in freier Trägerschaft wie beispielsweise Waldorfschulen, wo die Abschlussnote normalerweise ausschließlich durch die Abschlussprüfungen ermittelt wird, muss u.U. ein gesondertes Verfahren zur Notenfindung angewandt werden. Die Nichtschülerprüfungen sollen wie geplant stattfinden. Schüler\*innen, die auf die Abschlussprüfungen vertraut hatten, um ihre Abschlussnote zu verbessern, sollen die Möglichkeit dazu durch eine  
175 Bewertungsleistung in Form einer freiwilligen mündlichen Nachprüfung erhalten, wie sie unter normalen Bedingungen auch beim Abitur möglich wäre. Alternativ soll auch eine schriftliche Ausarbeitung als Nachprüfungsleistung möglich sein. Des Weiteren sollen Schulen noch nicht geschriebene Vorabiturklausuren stattfinden lassen und so die Erfahrung ganztägiger Klausuren ermöglichen.

180

## **Einschränkende Bedingungen**

Diese Forderungen können ausschließlich zeitnah sinnvoll umgesetzt werden. Denn sie richten sich auf eine bessere Ausrichtung des nun startenden zweiten Halbjahres bzw. vierten Semesters, in dem nach diesen Forderungen der Fokus verstärkt auf dem Erlernen neuer  
185 Fähigkeiten statt auf der Wiederholung des Alten liegen soll. Eine Kursänderung mitten im Halbjahr wäre nicht zielführend. Deshalb muss dieser Weg spätestens im Februar 2021 eingeschlagen werden, sodass das Verfahren rechtzeitig festgelegt werden kann. Ansonsten wird bereits ein Großteil der Schüler\*innen mit den Vorbereitungen für die Prüfungen begonnen haben, sodass eine Absage mehr Schaden als Nutzen brächte.